



## Vom Nichtstun bis zur Blockade

### Demokratische Handlungsmöglichkeiten bei rechtsextremen Demonstrationen

Postfach 1344  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel: 0335 500 9664  
Fax: 0335 500 9665  
[mbt-ff@BIG-demos.de](mailto:mbt-ff@BIG-demos.de)

Robin Kendon: 0177 411 6130  
Ray Kokoschko: 0172 326 2233

Die Nazis kommen! „Freie Kräfte“, die NPD oder „der nationale Widerstand“ will „gegen Abwanderung“ oder unter dem Motto „sozial geht nur national“ marschieren, sich breit machen. Eigentlich will man sich mit diesen Menschen und ihrer Ideologie gar nicht beschäftigen, aber sie kommen. Und wer weiß, wer auf den Plan gerufen wird, dagegen zu protestieren?

Es gibt eine Vielzahl von demokratischen Handlungsmöglichkeiten, wenn eine rechtsextreme Demonstration angemeldet wurde. Die Entscheidung, welche davon gewählt werden, hängt von der örtlichen Situation, dem inhaltlichen Thema der Demonstration, der lokalen demokratischen Kultur und bisherigen Erfahrungen in vergleichbaren Situationen, um nur einige Aspekte zu nennen. So fern die Zeit bis zum Tag der Demonstration nicht *sehr* kurz ist, sollte einiges gut überlegt werden, um nicht selbst dem Aktionismus zum Opfer zu fallen. Diese kurze Papier will einige hilfreiche Tipps geben und als Wegweiser dienen durch die vielen Fragen, die anstehen.

### Versammlungsrecht

Diese Handreichung erhebt nicht den Anspruch, ausführlich über das Versammlungsrecht zu informieren. Einige Aspekte sind aber bei allen Überlegungen wichtig.

- Eine Demonstration oder Kundgebung muss angemeldet werden, ist aber nicht genehmigungspflichtig. Dies gilt natürlich auch für „Gegenkundgebungen“. Die Behörden können aber Einschränkungen erlassen bezogen z.B. auf die Strecke, die gelaufen werden darf, oder auf Kleidung (z.B. Uniformierungsverbot), Lautsprecher, Ordner, usw. Letzten Endes entscheiden oft die Verwaltungsgerichte über die endgültige Regelung.
- Die Polizei ist verpflichtet, das im Grundgesetz verankerte Recht of Demonstrationsfreiheit im Rahmen der oben genannten Punkte zu schützen.
- Veranstaltungen im öffentlichen Raum, Kundgebungen und Demonstrationen genießen in der Regel entsprechend der Reihenfolge der Anmeldungen einen Vorrang vor später angemeldeten Veranstaltungen – man darf also einen Kundgebungsplatz nicht durch eine spätere Anmeldung „blockieren“.

### Verschiedene Modelle für die demokratische Reaktion

1. **Nichts tun**  
Kein wirkliches Modell und auch nicht vom MBT empfohlen, aber nichts zu tun ist auch eine Option, für die man sich entscheiden kann. Ob andere Akteure auch nichts tun, kann man natürlich nicht bestimmen.
2. **Aktiv ignorieren**  
Ziel ist es, die Rechtsextremen durch leere Straßen ohne Zuschauer laufen zu lassen, so dass ihre Demonstration und ihre Botschaft niemanden erreicht.  
Dieses Modell wurde u.a. 2008 in Cottbus mit ziemlichem Erfolg praktiziert. Es setzt eine gute Kommunikation sowohl zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren als auch in die Bürgerschaft hinein voraus.
3. **Alternative, demokratische Veranstaltung an anderer Stelle**  
Eine häufige, vielfach und vielfältig umgesetzte Möglichkeit ist eine demokratische Veranstaltung an anderer Stelle – manchmal fernab, manchmal entlang der Strecke der Rechtsextremen – die die Form eines Toleranzfestes, Demokratiemeile o.ä. annehmen kann. Ziel ist im Grunde genommen die Stärkung der demokratischen Stimmung vor Ort.
4. **Entlang der Strecke konfrontieren**  
Es besteht die Möglichkeit, die Rechtsextremen

entlang ihrer Strecke inhaltlich zu konfrontieren. Dies kann geschehen z.B. durch Transparente in den Fenstern oder am Straßenrand oder durch die Präsenz von demokratischen „Gegendemonstranten“, wobei natürlich die Polizei für einen klaren Abstand sorgen und eine Verhinderung der Demonstration unterbinden wird. Hier rückt das Ziel, den Rechtsextremen zu zeigen, dass man ihre Ideologie ächtet, stärker in den Mittelpunkt.

#### 5. Blockade

Wenn genügend Menschen den Weg versperren, kommt der rechtsextreme Demonstrationszug nicht weiter. Die Polizei ist jedoch verpflichtet, eine solche Blockade zu räumen, und die Blockierer riskieren eine Anzeige. Wenn aber ein so genannter polizeilicher Notstand entsteht, in dem die Polizei nicht in der Lage ist, die Blockade zu räumen, kann es sein, dass die Rechtsextremen aufgeben müssen. So ist es mehrere Male in Leipzig, November 2005 in Halbe aber auch anderswo in den vergangenen Jahren passiert, obwohl dies eher die Ausnahme ist.

*In der Regel wird eine Mischung aus den zweiten, dritten und vierten Optionen gewählt und den lokalen Gegebenheiten entsprechend gestaltet.*

## Zielgruppen und Botschaften für demokratische Reaktionen

Wen will man erreichen und was will man sagen? Drei wichtige Zielgruppen:

- **Die Bürger im Ort des Geschehens**
- **Die Medien bzw. die allgemeine Öffentlichkeit**
- **Die Rechtsextremen**

Für die Diskussionsprozesse in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor Ort sind die Bürger die wichtigste Zielgruppe – die Rechtsextremen wollen sie erreichen und ihre Ideologie verbreiten, die Demokraten aller Parteien und Fraktionen sind aber da besser. Deshalb sind z.B. Informationsblätter an alle Haushalte ein gutes Mittel, aber auch die verstärkte Präsenz der demokratischen Parteien bzw. Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung bzw. Gemeindevertretung oder des Kreistags vorher, am Tag selbst und nachher, um sich in die Gespräche einzumischen. Präsenz zeigen kann man auch in den Internetforen, die auch viele Vereine haben und wo über alles Mögliche diskutiert wird.

Der Rechtsextremismus ist eine menschenverachtende Ideologie, die die wesentlichen Werte des Grundgesetzes ablehnt, und selbst wenn eine Partei wie die NPD verboten werden würde, würden ihre Mitglieder, wie andere Rechtsextreme, diese Ideologie weiter zu verbreiten versuchen. Lösungen für konkrete Fragen vor Ort (oder auch landes- oder bundesweit) haben Rechtsextreme aber nicht, nicht zuletzt, weil sie nie demokratische Mehrheiten schmieden können. Trotzdem sind alle Demokraten gefragt, in ihrem eigenen Handeln souverän zu zeigen, dass ein (auch

langwieriges) demokratisches Aushandeln von Interessenkonflikten Ergebnisse bringt, die um ein Vielfaches besser sind. Die (Wieder-)Einbeziehung von Menschen, die sich als Verlierer fühlen und deshalb offen für rechtsextreme Ideen sind, ist das Ziel.

Es ist außerdem völlig berechtigt, gegen Rechtsextreme lokalpatriotisch zu argumentieren – „Wir hier...“ oder „Der Rechtsextremismus in Form von Gewalt an Badeseen und Campingplätzen ist schlecht für unseren Tourismus“. usw.

## Kommunikation, Vernetzung und Kooperation

Die besten Reaktionen auf rechtsextreme Demonstration sind auch gute Beispiele für demokratisches Handeln. Wenn es gelingt, einen Konsens über Ziele, Handlungsformen und Durchführung der demokratischen Aktivitäten zu erreichen und dies umzusetzen wird das Bild nach Außen – in die Bürgerschaft sowie in die Medien und allgemeine Öffentlichkeit – und nach Innen – in den Kreis der aktiven Demokraten – ein starkes Bild sein, das Mut macht, sich weiter für die Demokratie zu engagieren.

Dabei spielen gute Kommunikation, breite Vernetzung möglichst vieler gesellschaftlicher Kreise sowie klar abgesprochene Kooperationen eine wichtige Rolle. Egal, ob die Initiative von der Kommunalpolitik, von der Verwaltung oder von zivilgesellschaftlichen Gruppen hinausgeht, sollten bei der Herstellung eines wie oben beschriebenen Konsenses alle miteinander auf gleicher Augenhöhe einbezogen werden. Mit der Polizei müssen Absprachen getroffen werden, und dabei müssen die rechtlichen Zwänge berücksichtigt werden, die das polizeiliche Handeln bestimmen.

Und wenn die Antifa kommt? Für viele wird „die Antifa“ schnell mit „linksextremistischen Ausschreitungen“ in Verbindung gebracht, obwohl Erfahrungen in Brandenburg zeigen, dass die Wirklichkeit viel differenzierter zu sehen ist. Fakt ist aber auch, dass es unterschiedliche Arten von Protest geben kann (schweigend bis lautstark), und ein guter Konsens muss Raum für diese unterschiedlichen Bedürfnisse geben. Aber um die Gefahr konfrontativer Eskalationen während der rechtsextremen Demonstration zu mindern, sollte auch die eventuell aktive Antifa in die Konsensbildung einbezogen werden und keinesfalls ausgegrenzt, auch wenn einige Beteiligte sich über ihren eigenen Schatten springen müssen.

Nicht zuletzt lohnt es sich, lokale Medienvertreter frühzeitig anzusprechen, damit sie alle nötigen Hintergründe für ihre Berichterstattung haben – und manchmal werden sie auch zu Partnern oder Sponsoren der demokratischen Aktivitäten.

**Selbstverständlich steht Ihnen das Mobile Beratungsteam gerne zur Verfügung.**